

Antrag

Initiator*innen: Jusos Sachsen

Titel: **Doppelbesteuerung von betrieblicher Altersvorsorge**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den*
2 *Bundesparteitag der SPD weiterleiten:*

3 Eine solidarische, generationenübergreifende und allgemeine Rentenversicherung
4 ist unumgänglich. Langfristig kann ausschließlich eine staatlich organisierte
5 Umlagefinanzierung diesen Anforderungen gerecht werden und den Folgen des
6 demografischen Wandel entgegenwirken. Wir setzen uns für eine Altersversorgung
7 ein, die sich primär aus einer von den eingezahlten Rentenbeiträgen
8 leistungsunabhängigen Lebensrente und einer individuellen Leistungsrente
9 zusammensetzt. Unabhängig davon können kapitalgedeckte private & betriebliche
10 Vorsorgemöglichkeiten existieren – eine staatliche Förderung dieser ist jedoch
11 keinesfalls notwendig. Beiträge, die durch Arbeitgeber:innen in eine
12 betriebliche Altersvorsorge eingezahlt werden, müssen entsprechend des
13 Arbeitnehmer:innen-Einkommens sozialversicherungspflichtig behandelt werden.
14 Spätere Auszahlungen nach Renteneintrittsalter sind in der Folge nicht
15 sozialversicherungspflichtig. Dies kann nur für neu geschlossene Verträge in der
16 Zukunft gelten und nicht rückwirkend.

Begründung

17 Durch Halbierung der Krankenkassenbeiträge entsteht eine Finanzierungslücke
18 von 3 Milliarden Euro. Dies erscheint aufgrund der finanziell gut ausgelasteten
19 Krankenkassen im Moment vertretbar. Ein Gesetzesentwurf von Gesundheitsminister
20 Jens Spahn sieht einen Bundeszuschuss von 2,5 Milliarden Euro vor, wodurch sich
21 die Verluste der Krankenkassen auf 500Millionen Euro verringern. Das System der
22 Doppelbesteuerung ist aus sich heraus unfair. Sollten die monatlichen Beiträge
23 für das jeweilige Rentenprodukt vom Nettolohn abgezogen werden, würden die
24 Beiträge einmal zu viel besteuert. Sollten die Beiträge vom Bruttolohn
25 abgezogen werden, trägt der Arbeitnehmer beide Beitragsanteile, was diese Form
26 der Rentenabsicherung unlukrativmacht. Eine komplette Rückabwicklung der
27 Doppelverbeitragung würde ca. 40 Milliarden Euro kosten. Eine zunächst riesige
28 Summe. Bedenkt man aber, dass dieses Geld Rentner*innen zu Gute kommt, die das
29 Geld zunächst entweder sparen, zur Unterstützung der Familie weitergeben oder
30 selbst konsumieren, wird ein Großteil der Zuwendungen durch Steuerbeträge
31 wieder die Staatskasse erreichen. Effektiv kann man dabei Altersarmut und eine
32 eklatante Ungerechtigkeit beseitigen. Viele Verträge wurden vor 2004 unter der
33 damaligen Gesetzeslage in dem Vertrauen auf ebendiese beständige gesetzliche
34 Situation abgeschlossen. Durch die rückwirkende Besteuerung ist viel Vertrauen
35 verloren gegangen und damit viele Wähler*innen im Rentenalter. An den
36 Wahlständen zur vergangenen Landtagswahl war die Doppelbesteuerung oft Thema
37 und für viele der Grund „nie wieder SPD zu wählen.“